Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau

Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 10 000 Mark. In den Ausgabestellen monatl. 9000 Mk. Bei Postbezug monatl. 10 060 Mk. Unter Streifband in Polen monatlich 16 000 Mk., in Deutschland und Danzig 10 000 deutsche Mark. — Einzelnummer 500 Mk. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Für die 30 mm breite Kolonelzeile 600 Mark, für die 90 mm breite Reklamezeile 2400 Mark. Deutschland und Freistaat Danzig 600 bezw. 2400 deutsche Mark. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offerten- und Auskunftsgebühr 2000 Mk. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postscheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157.

Nr. 151. Bromberg, Sonnabend den 7. Juli 1923. 47. Jahrg.

Die deutsche Minderheit in Polen vor dem Völkerbund.

Die Staatsangehörigkeit der sogen. „Geburtspolen".

Nach einer Mitteilung der Polnischen Telegraphen-Agentur (P. A. T.) wurde in der Mittwochsitzung des Völkerbundrats über die Auslegung von Art. 4 des Minderheitenschutzvertrages zwischen Polen und den alliierten Mächten diskutiert. Der brasilianische Delegierte Rio Branco, der über diese Angelegenheit referierte, brachte die Resolution des Rats vom Februar d. J. in Erinnerung, nach welcher diese Angelegenheit mit Rücksicht darauf, daß gegenwärtig in Dresden polnisch-deutsche Verhandlungen stattfinden, zur Begutachtung an das Internationale Schiedsgericht im Haag geschickt werden soll. Der Referent bat die Mitglieder des Rats, ihre Meinung darüber zu äußern, ob der polnischen Forderung auf Vertagung der Sache bis zur nächsten Session stattgegeben werden solle. Lord Robert Cecil regte in längeren Reden an, sich unverzüglich an das Haager Schiedsgericht zu wenden. Auf die Frage des schwedischen Delegierten Branting, ob die polnische Regierung bis zur Beendigung der Dresdener Verhandlungen die Liquidation von Gütern solcher Personen, deren polnische Staatsangehörigkeit von der polnischen Regierung angezweifelt wird, aufschieben könne, erklärte der polnische Delegierte, daß dies, da mit den Grundsätzen der Souveränität des Staates unvereinbar, unmöglich sei. Nach längerer Diskussion, in der der französische Delegierte den Standpunkt des polnischen Delegierten unterstützte, beschloß der Rat, die weitere Debatte über diese Angelegenheit bis Sonnabend zu vertagen.

*

Artikel 4 des Minderheitenschutzvertrages, der im Gegensatz zu Art. 3 desselben Vertrages und zu Art. 91 des Friedenstraktates (die von der Staatsangehörigkeit nach dem Wohnsitzprinzip handeln) das Recht der sogenannten Geburtspolen festlegt, hat folgenden Wortlaut:

> „Polen erkennt als polnische Staatsangehörige von Rechts wegen und ohne weitere Förmlichkeit die Personen deutscher, österreichischer, ungarischer oder russischer Staatsangehörigkeit an, die in dem gegenannten (d. i. heute polnisches) Gebiet von dort wohnhaften Eltern geboren sind, selbst wenn sie selbst bei Inkrafttreten dieses Vertrages dort nicht mehr ihren Wohnsitz haben. Jedoch können diese Personen während der dem Inkrafttreten dieses Vertrages folgenden zwei Jahre vor den zuständigen polnischen Behörden in dem Lande, in dem sie ihren Wohnsitz haben, erklären, daß sie auf die polnische Staatsangehörigkeit verzichten; und sie hören damit auf, als polnische Staatsangehörige angesehen zu werden. Hierbei erstreckt die Erklärung des Ehemannes ihre Wirkung auf die Ehefrau und die der Eltern auf die Kinder unter 18 Jahren."

Die polnischen Behörden verlangen von allen deutschstämmigen Personen, die ihr polnisches Bürgerrecht auf diesen Art. 4 des Minderheitenschutzvertrages stützen, daß ihre Eltern noch am 10. Januar 1920, d. i. am Tage der Ratifikation des Friedensvertrages auf heute polnischem Gebiet wohnhaft sein müssen. Sie erkennen es auch nicht als genügend an, wenn ein Elternteil noch am 10. Januar 1920 am Leben war und fordern vielfach noch den Nachweis, daß die Eltern auch in der Zeit vom 1. 1. 1908 bis zum 10. 1. 1920 einen ununterbrochenen Wohnsitz in dem genannten Gebiet haben. Durch diese Auslegung sehen sich viele Deutsche in Polen, die aus irgendwelchen Gründen die Bedingungen des Wohnsitzprinzips nicht erfüllen können, des polnischen Staatsbürgerrechts beraubt.

Die deutsche Minderheit in Polen ist der Ansicht, daß Art. 4 des Minderheitenschutzvertrages lediglich im Zeitpunkt der Geburt den Wohnsitz der Eltern der betreffenden Person auf heute polnischem Staatsgebiet verlangt. Da sich der polnische Staat in Art. 12 des Minderheitenschutzvertrages damit einverstanden erklärt hat, daß die Bestimmungen des Vertrages „Verpflichtungen von internationalem Interesse bilden und daß sie unter die Garantie des Völkerbundes gestellt werden" — hatte sich die deutsche Minderheit mit der Bitte um authentische Interpretation des Art. 4 an den Völkerbund gewandt, dessen Juristenkommission bereits in einem Gutachten den Standpunkt der deutschen Minderheit unzweideutig anerkannt hat. Dieses Gutachten soll ergänzt werden durch einen zustimmenden oder ablehnenden Schiedsspruch des Haager Schiedsgerichtshofes, sofern der Völkerbundrat in seiner Sonnabendsitzung die für das Deutschtum lebenswichtige Angelegenheit diesem neutralen Tribunal zur Beurteilung überweist.

Das Amnestiegesetz vor dem Senat.

(Drahtmeldung unserer Warschauer Redaktion.)

Warschau, 6. Juli. Die Rechtskommission des Senats beriet gestern über das Amnestiegesetz. Nachdem der sozialistische Senator Posner die Einwendungen der Minderheiten vorgebracht hatte, wurde beschlossen, das Gesetz dem heutigen Plenum des Senats zur Annahme zu empfehlen. Nach den Debatten in der Kommission zu urteilen, ist anzunehmen, daß das Gesetz im Sinne des Sejmbeschlusses angenommen werden wird.

Die Regierung gegen die Waldabgabe.

(Drahtmeldung unserer Warschauer Redaktion.)

Warschau, 6. Juli. In der gestrigen Sitzung der Finanzkommission des Senats stand das Gesetz über die Waldabgabe zur Debatte. Der Vertreter der Regierung sprach sich in scharfen Worten gegen das Gesetz aus, indem er hervorhob, daß es den Waldbestand des Staates vernichten und den Export ungemein erschweren würde. Die Erklärungen des Regierungsvertreters riefen allgemeine Bestürzung hervor, da sie am empfindlichsten die verbündeten Volksparteiler treffen, welche die Durchführung der Waldabgabe für äußerst wichtig halten. Wie bekannt, steht die Frage der Waldabgabe mit dem Pakt zwischen Witos und den Rechtsparteien im Zusammenhang.

Das Duell zwischen Piłsudski und General Szeptycki.

Warschau, 4. Juli. Im Zusammenhang mit dem Zwischenfall, der sich in der Sonnabendsitzung des engeren Kriegsrats zwischen dem General Szepticki und dem Marschall Piłsudski ereignete, fand am Dienstag in einem Wäldchen in der Nähe von Warschau zwischen den beiden Würdenträgern ein Duell statt, das einen unblutigen Verlauf nahm. Die Sekundanten stellten fest, daß die Angelegenheit auf dem Ehrenwege erledigt worden sei, worauf die Teilnehmer auseinander gingen.

Der Staatspräsident hat, wie die PAT. meldet, an Piłsudski ein Schreiben gerichtet, worin er das Entlassungsgesuch des Marschalls genehmigt und ihm gleichzeitig für die Arbeit in seinen bisherigen Dienststellen dankt.

Warum Piłsudski ging.

(Drahtmeldung unserer Warschauer Redaktion.)

Warschau, 4. Juli. Das große Ereignis des Tages ist die Rede, die gestern abend Marschall Piłsudski vor seinen versammelten Freunden im roten Saal des Bristolhotels gehalten hat. Wir geben aus den Abendblättern die bezeichnendsten Teile der Rede, die den ausschließlichen Gesprächsstoff sämtlicher politischer Kreise bildet, wortgetreu wieder:

„Einige Monate lang war ich Diktator. Ich faßte den Entschluß — es sei hier nicht erörtert, ob er verständig oder dumm war — das Parlament einzuberufen, meine Macht in seine Hände zu legen und die gesetzliche Lebensform für den polnischen Staat zu schaffen. Es war dies mein eigener Entschluß, und es wurde ihm entsprochen. Die Herren Abgeordneten, die später nicht nur einmal gegen mich hervortraten, wurden auf meinen Befehl gewählt, sie gehorchten diesem Befehl, nahmen die Wahl an, die Wähler erschienen an dem von mir bestimmten Ort, von mir beauftragte Beamte prüften die Richtigkeit der Wahlen."

„Einige Wochen später trat ein neues historisches Ereignis ein: ich wurde im Sejm einstimmig zum Staatschef und Obersten Heerführer sämtlicher auf polnischem Boden stehenden Truppen ernannt. Diese Tatsache gab mir zu denken, denn es kam eine Ehrung um die andere über mich."

„Da änderte sich jedoch die wunderbare Geschichte. Ein monströser, schmutziger Zwerg erschien auf krummen Beinen hinter mir, als wollte er seine schmutzige Seele auf mich speien, schonte nichts, weder meine Familie, noch meine Nächsten, noch meine Umgebung, folgte jedem meiner Schritte, schnitt Affengrimassen hinter mir, verdrehte jeden meiner Gedanken. Dieser Zwerg wurde zu meinem untrennbaren Begleiter in Freud und Leid, Glück und Unglück, Sieg und Niederlage."

„Auf einmal hieß es: Der durch alle gewählte Vertreter der Nation stiehlt! Eine Sejmkommission tritt zusammen, um die vom Vertreter der Nation gestohlenen Krönungsinsignien zu suchen. Eine Sejmkommission sucht unter der Ägide des Sejmmarschalls nach den Gegenständen, die der Repräsentant des Reiches gestohlen hat. Unser Vertreter ein Dieb, unser Vertreter ein Verräter, der mit den Feinden des Landes während des Krieges paktiert hat. Und dies tat der aus unterirdischen Gefängnissen entschlüpfte Zwerg. Der Käufliche, von Hand zu Hand gehende, von jedem der Unterdrücker in das Maul Geschlagene. Und dieses Beschmutzen taufte man mit hohen Namen, hohen Wahlsprüchen. Es war die sogenannte nationalistische, patriotische Arbeit. Ich nehme dies nicht tragisch. Solche Erscheinungen kann nur die Knechtschaft, welche die Nationen erleben müssen, zeitigen."

„Auf die Frage des Herrn Annsz (Anmerkung: der gewesene Regierungskommissar für Warschau), warum der einst so hoch gehobene, so herrlich ausgezeichnete Pole seinen Posten verläßt, antworte ich: ich ehre meine Geschichte, ehre sie für mich, für meine Kinder, für die kommenden Geschichtsschreiber, die mir ins Angesicht speien würden, wollte ich zusammen mit den monströsen Zwergen, die mich zu erniedrigen suchten, arbeiten. Mein Entschluß war unwiderruflich. Diese Zwerge haben in der letzten Zeit versucht, ihre Grimasse in ein beglücktes Lächeln umzuwandeln, als sie mich da und dort erblickten. Ich will mir nicht größere Verdienste als jene, die mir die Welt bestätigt hat, zuerkennen; keine Kritik wird meine Soldatenlorbeeren antasten können. Ich habe zum Sieg über einen Feind geführt, vor dem die anderen zitterten. Mein Temperament, meine Erfahrungen erleichterten mir ungemein die militärische Arbeit. Dennoch muß ich sie verlassen. Dieses Pack, diese Bande, die meine Ehre angetastet hat, wollte Blut. Mein Nachfolger, der Präsident wurde nach den Straßenexzessen von denselben Leuten ermordet, die dem ersten aus freier Wahl hervorgegangenen Vertreter Polens so viel Schmutz und niedrigen Haß entgegengebracht haben. Als ich nur einen Augenblick lang dachte, daß ich diese Herren als Soldat würde verteidigen müssen, zweifelte mein Gewissen. Dann faßte ich den Entschluß, daß ich Soldat nicht mehr sein kann. Ich bat um meinen Abschied. Dies sind die Ursachen und Gründe, warum ich den Staatsdienst verlasse."

*

Ein Kommentar des „Robotnik".

Zu Piłsudskis Rede schreibt der „Robotnik": „Die Rede des Marschall Piłsudski setzt sich eigentlich aus zwei verschiedenen Teilen zusammen: Im ersten Teil spricht er von der Periode des Entstehens der Republik, als seine Macht bis zur Größe einer moralischen Diktatur anwuchs, im zweiten setzt sich Piłsudski in Worten voller Abscheu mit Verleumdungen gegen seine Person auseinander. In bezug auf den ersten Teil hätten wir vom geschichtlichen und soziologischen Standpunkte aus verschiedene Vorbehalte zu machen. Piłsudskis Macht stützte sich nicht allein darauf, daß er Kommandant der 1. Brigade war, sondern auch darauf, daß er ein Mann der Demokratie war, die damals die Stimme hatte und die einzige Macht darstellte, zur Festigung und Verteidigung der unabhängigen Republik. Piłsudski leistete damals sowie auch später Polen und der Republik hervorragende Dienste, doch nicht deshalb, weil alles von seinem guten Willen, von seiner Entscheidung und seiner Kalkulation abhing, sondern deshalb, weil er an der Spitze des demokratischen Umsturzes stand.

Der zweite Teil der Rede des Marschalls Piłsudski bedeutet eine schwere Anklage gegen die Reaktion, der Schrei eines großen Patrioten, der die Intrigen der Reaktion enthüllt und seinem Volk vor Augen führt. Dieser Teil der Rede ist in der Tat ein historisches Moment. Piłsudskis Worte haben hier eine erschütternde Kraft. Aufgabe der polnischen Nation, die das Wohl des Vaterlandes im Auge hat, muß es sein, einen dauernden Kampf um die Entwickelung eines demokratischen polnischen Staates zu führen.

Mark u. Dollar am 6. Juli.

(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags.)

Danziger Börse

100 p. Mk. = loko fehlt d. Mk. 1 Doll. = 200000 d. Mk.
(Auszahlung Warschau: 160)

Warschauer Börse

1 d. Mk. = 0,60 p. Mk. 1 Dollar = 103000 p. Mk.

Ökumenisches Konzil 1925.

Die Abhaltung eines Ökumenischen Konzils in Rom im Jahre 1925 wird vom Vatikan bestätigt. Die Kirchenversammlung soll — wie 1870 — in einem Teil der Peterskirche abgehalten werden.

An den ökumenischen Konzilen nehmen im Gegensatz zu den partikulären Konzilen (Diözesansynoden, Provinzial- bzw. Nationalkonzile) sämtliche Bischöfe der katholischen Christenheit teil. Die Entscheidungen der ökumenischen Konzile gelten als Aussprüche des Heiligen Geistes.

Die römische Kirche erkennt folgende ökumenische Konzile an: das erste K. zu Nicäa 325 (gegen die Arianer), das erste K. zu Konstantinopel 381, das erste K. zu Ephesus 431, Chalcedon 451, das zweite K. zu Konstantinopel 553, das dritte (Trullanische) K. zu Konstantinopel 680, das zweite K. zu Nicäa 787, das vierte K. zu Konstantinopel 869, die vier allgemeinen Lateransynoden 1123, 1139, 1179, 1215, die beiden Synoden zu Lyon 1245 und 1274 (zur Wiedervereinigung der griechischen und lateinischen Kirche). Die Synode zu Vienne 1311—12, die Synode zu Florenz 1439, die fünfte Lateransynode 1512—17 und die beiden päpstlichen Konzile zu Trient 1549—63 (Kirchenreform) und von Rom 1869—70. Die griechisch-orthodoxe Kirche läßt nur die ersten sieben Konzile (bis zum zweiten nicäischen) gelten.

Über die Verhandlungsgegenstände des Konzils von 1925 wird das strengste Stillschweigen bewahrt. Es erscheint ausgeschlossen, daß auf dem nächsten Konzil neue Dogmen des Katholizismus verkündet werden. Dagegen wird vermutet, daß der jetzt regierende Papst Pius XI. die damals vergeblichen Versuche der ökumenischen Synoden von Lyon wieder aufnehmen will, um eine Wiedervereinigung der griechisch-orthodoxen mit der römischen Kirche herbeizuführen.

In orientierten Kreisen war diese Sehnsucht Pius XI. (schon vor der Papstwahl des Kardinals Ratti) bekannt. Man sagt dem Heiligen Vater nach, daß das politische Programm seines Pontifikats allein diesem Ziel der Wiederbringung der schismatischen (?) Ostslawen untergeordnet werde. Daraus erklärt sich z. B. die besondere Unterstützung, die der Papst der griechisch-unierten Kirche der Ukrainer Ostgaliziens und ihrem Metropoliten Szepticki (einem Bruder des polnischen Kriegsministers) zuteil werden läßt, da Ritus und Idee dieser Nationalkirche die organische Brücke zwischen Rom und dem gläubigen Moskau (Byzanz) darstellen. Dieser päpstlichen Politik entspringt aber ebenso folgerichtig auch der Wunsch nach einer Bewahrung Deutschlands vor dem atheistischen Bolschewismus, der bei einer Fortsetzung der französischen Vernichtungspolitik unabwendbar erscheint und nicht nur den deutschen, sondern auch den polnischen Katholizismus in seinem Bestande bedroht. Rom steht in der Front gegen den Bolschewismus an führender Stelle und hofft besonders auf die Mithilfe deutscher Sendboten zur Wiederaufrichtung des Christentums in Osteuropa. Die Deutschen sind von jeher Slawenapostel gewesen, und es ist einleuchtend, daß sich Pius XI. für sein Missionsamt gerade dieser Nation bedienen will, die aus wirtschaftlich bekannten Gründen und — je länger die Not Deutschlands währt — auch immer mehr aus gefühlsmäßigen Erwägungen heraus ihre allgemeine christliche und kulturelle Mission in einem erwachenden Rußland zu begreifen beginnt.

So wirkt das für 1925 berufene Ökumenische Konzil schon heute seine weltpolitischen Schlagschatten voraus.

*

Patriarch Tichon.

Der ehemalige Patriarch **Tichon** erklärte in einer Unterredung mit dem Vertreter der offiziösen Russischen Telegraphen-Agentur, daß er während seiner Inhaftierung keinerlei Repressalien ausgesetzt gewesen sei. Er habe nunmehr die Sowjetplattform akzeptiert und sei jetzt der Ansicht, daß die Kirche unpolitisch sein müsse. Sollten sich die Nachrichten über die gegenrevolutionäre Tätigkeit einiger emigrierter russischer Kirchenfürsten bestätigen, so erteile er diesen den Rat, eine solche Betätigung einzustellen, da diese dem priesterlichen Beruf nicht fromme. Tichon erkennt den Beschluß des Kirchenkonzils über die Entziehung seiner geistlichen Würden nicht an, da das Konzil nicht zuständig gewesen sei, ihn für gegenrevolutionäre Umtriebe zu verurteilen, welches Recht ausschließlich der Sowjetregierung zustehe. Er glaube nicht an die Aufrichtigkeit einiger Bischöfe, die den erwähnten Beschluß unterzeichnet haben.

Es liegt auf der Hand, daß vorläufig nicht überprüft werden kann, ob das wieder freigelassene Oberhaupt der orthodoxen Kirche wirklich hinter den Mauern seines Kerkers einen Gesinnungswechsel vollzogen hat, ob dieser durch Gewalt und Bedrohung von ihm erpreßt wurde, oder ob die politische Zurückhaltung des Patriarchen nicht etwa nur ein politischer Schachzug ist, um wieder in Freiheit und von Verfolgern unbehelligt geheim glühende religiöse Kräfte aufzuwecken, die den gefährlichen Gegner mattzusetzen vermögen.

Wie die P. A. T. meldet, hat Patriarch Tichon unter außerordentlich starker Beteiligung und Ergriffenheit einer gläubigen Menge seinen ersten Gottesdienst seit seiner Gefangenschaft abgehalten.

Italien und der Ruhrkonflikt.

Zu den Erklärungen Mussolinis sagt die „Idea Nazionale“, daß sie auf eine neue Wendung in der Ruhrfrage schließen ließen. Die Lage verschlimmere sich zusehends, und England scheine diesmal entschlossen, nicht zurückzuweichen, zumal die europäische Gesamtatmosphäre sich offen gegen die französische Ruhrbesetzung wende. Dies sei zu einem großen Teil die Folge des Papstbriefes an Gasparri, der durch das Telegramm an den Nuntius Pacelli, das sich nur gegen Gewaltakte, nicht etwa gegen den passiven Widerstand richte, nicht desavouiert worden sei. „Wie lange noch,“ schließt die „Idea Nazionale“, „wird England auf die französische Antwort warten? Vermutlich nur noch kurze Zeit.“ Der allgemeine Eindruck in Rom ist, daß neue diplomatische Initiativen in Vorbereitung seien, was freilich nicht besagen will, daß sie auch gelingen.

Zu demselben Thema schreibt ein Leitartikel der „Epoca“, Mussolini habe mit seinen Erklärungen einen letzten Versuch der Friedensstiftung zwischen Frankreich und Deutschland unternommen. Er werde aber vermutlich erfolglos bleiben, einmal weil Frankreich die Ruhr nicht räumen, sodann, weil das gewitzigte Deutschland auf die letzte Waffe des passiven Widerstandes nicht verzichten wolle. Denn das deutsche Volk erinnere sich, wie es in Versailles geprellt und verraten wurde. Welche Garantie hätte die Reichsregierung, daß nach dem Aufgeben des passiven Widerstandes die besetzten Gebiete wirklich geräumt werden? Die „Idea Nazionale“ setzt die energische Kampagne gegen die Franzosengefahr fort. Ein Leitartikel weist, wie schon öfter, auf die unheimlichen Rüstungen Frankreichs und der Kleinen Entente, zumal Jugoslawiens, hin und erklärt, das Heil Italiens bestehe darin, ebenso zu rüsten, vor allem die Luftflotte auf die Höhe der französischen zu heben.

Im „Giornale d'Italia“ berichtet der bekannte Publizist Calza über seine Reisen in Deutschland. Er hebt die aufrichtige Herzlichkeit hervor, mit der die Italiener allgemein behandelt werden, macht aber auch gleichzeitig auf den ungeheuren furchtbaren Haß aller Stände gegen Frankreich aufmerksam. Wenn die Franzosen hofften, die Einheit Deutschlands zu zerschlagen, so täuschten sie sich bitter. Niemals sei die Einheit des Willens und der Seele in ganz Deutschland prächtiger gewesen.

*

Entscheidende englisch-französische Besprechungen.

Eine am 4. Juli veröffentlichte Reuter-Note betont die Notwendigkeit der Geheimhaltung der Ministerratsbeschlüsse mit folgender Begründung: Wenn eine Lage so delikat sei wie die gegenwärtige, wo offenbare Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten beständen, könne ein Hervorheben dieser Meinungsverschiedenheit nur Schaden anrichten. Es werde erklärt, daß die Geheimhaltung niemals wünschenswerter sei als heute. Es sei zwecklos, die Tatsache zu verheimlichen, **daß die Lage schwierig sei und daß die gegenwärtige Besprechung eine entscheidende Bedeutung für die englisch-französischen Beziehungen habe.**

Weiter sagt die Note, es sei zwar keine Zusammenkunft zwischen **Curzon** und dem französischen Botschafter vereinbart worden. Tatsächlich sei es wahrscheinlich, daß **Paris** über gewisse Punkte, die Curzon als nicht genügend klar betrachte, **weitere Informationen** senden werde.

Unliebsame Wirkungen der Ruhrbesetzung.

Französische Selbsterkenntnis.

Paris, 3. Juli. Die „Ere Nouvelle“, die die Lage als außerordentlich ernst bezeichnet, meint, „wenn die linksstehenden Parteien bisher der Auffassung gewesen seien, sie dürften um der Wirkung in Deutschland willen der Aktion der Regierung keine Schwierigkeiten bereiten, so hätten sie heute die Pflicht, von der amtlichen Politik abzurücken und die Verantwortung nur Herrn Poincaré und dem nationalen Block allein zu überlassen“. „**Man möge uns nicht mehr von nationalen Interessen sprechen,**“ so fährt das Blatt fort, „**in Westfalen bereiten sich sehr ernste Dinge vor. Die Stimmung innerhalb unserer Besatzungstruppen ist keineswegs so, wie man annimmt.** Man wird begreifen, daß wir in diesem Augenblick darüber nicht mehr zu sagen vermögen, aber wir legen Wert darauf, zu betonen, daß wir über die drohenden Gefahren unterrichtet sind.“

Der „Quotidien“ wirft die interessante Frage auf, ob in Frankreich im nächsten Winter empfindliche Kohlennot auftreten werde. Schon jetzt seien die Kohlenpreise bedeutend gestiegen. Seit einigen Monaten sei die Kohlenversorgung Frankreichs kläglich, und daran trage ohne Zweifel die Besetzung des Ruhrgebiets die Hauptschuld. Erstens sei die Kohlenförderung des größten Kohlenbeckens der Welt gelähmt, außerdem habe der französische Bergarbeiterstreik im Februar die Produktion des Landes um ungefähr eine Million Tonnen geschädigt.

*

Ein schwedisches Urteil.

Wie die „Frankf. Ztg.“ aus **Stockholm** erfährt, wird dort die zunehmende Verschärfung im Tone der englisch-französischen Unterhaltung wegen der Ruhrfrage mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Dabei steht die öffentliche Meinung Schwedens geschlossen auf der Seite Englands, von dem man hier allein noch erwartet, daß es vielleicht doch der Katastrophenpolitik Frankreichs Halt gebiete. Sehr bezeichnend ist ein Leitartikel des „Socialdemokraten“ über die Politik Poincarés, der bisher von diesem Blatte sehr glimpflich behandelt worden ist. Das Sprachrohr des als Franzosenfreund und Deutschengegner bekannten Herrn **Branting** schreibt:

„Die hartnäckige Weigerung Poincarés, irgendwelche Zugeständnisse zu machen, kann nur zu einer Schlußliquidierung der französisch-englischen Entente führen. Die Politik Poincarés hat nicht nur Frankreich isoliert und die öffentliche Meinung der Welt ungünstig gegen Frankreich gestimmt, sie hat nicht nur den Wiederaufbau in Europa erschwert, sondern sie droht geradezu dem eigenen Lande ein Schicksal zu bereiten, wie es der kaiserliche Imperialismus Deutschland bereitet hat.“

30 Milliarden-Buße für Duisburg.

Im Einvernehmen mit dem belgischen Kriegsminister wurde der Stadt **Duisburg** wegen der Explosion auf der Brücke Duisburg—Hochfeld eine **Geldbuße von 30 Milliarden Mark** auferlegt. Nach französischen Meldungen aus Duisburg wurden drei Personen verhaftet, die für die Explosion auf der Brücke verantwortlich gemacht werden. Über die Stadt Duisburg würden neue schwere Strafen kommen. Da nach belgischer Behauptung nachts belgische Soldaten angeschossen worden sind, wird jetzt jeder Straßenverkehr bereits von 8 Uhr abends ab bis zum Morgen gesperrt. Ferner wurde außer dem Auto- und Motorradverkehr auch der Verkehr auf Fahrrädern verboten. Aus allen Orten laufen Meldungen ein, daß Räder, an einem Ort allein 40, den Eigentümern abgenommen wurden; die Gummireifen wurden zerschnitten, die Räder selbst zertreten und zerschlagen. Überall standen Posten, die die Radfahrer abfingen.

Das Ruhrgebiet ist jetzt völlig von der Außenwelt abgesperrt. Wie scharf die Kontrolle gehandhabt wird, mag der Umstand beweisen, daß in der Nähe von Hamm beim Überschreiten der Grenzen **ein dreizehnjähriger Schüler erschossen** wurde.

Die Zahl der bisher — entgegen jedem Völkerrecht — aus dem Ruhrgebiet ausgewiesenen Deutschen beträgt etwa 70 000.

*

Bestätigung der sieben Todesurteile.

Düsseldorf, 6. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Revision der vom Mainzer Kriegsgericht wegen angeblicher Sabotage zum Tode verurteilten sieben Deutschen, sowie des zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten Deutschen und des zu fünf Jahren Gefängnis Verurteilten wurde gestern vom Revisionsgericht der französischen Rheinarmee in Düsseldorf verworfen.

Republik Polen.

Beratungen in Spala.

In Spala finden dieser Tage auf Einladung des Staatspräsidenten Beratungen mit Parlamentariern über die Finanzlage statt. Von der Regierung werden nach polnischen Blättern Ministerpräsident Witos und Minister Glabiński daran teilnehmen. Wir nehmen als selbstverständlich an, daß auch der neue Leiter der Finanzverwaltung Minister **Linde** bei den Beratungen nicht fehlen wird.

Konferenz in Riga.

In einigen Tagen soll die Konferenz der baltischen Staaten unter Teilnahme Polens in Riga beginnen. Von polnischer Seite werden nach Blättermeldungen Außenminister Seyda und Vizeminister Strasburger daran teilnehmen.

*

In Warschau beging dieser Tage General Josef Trzemeski, Vertreter des Chefs des Staatsdepartements im Kriegsministerium, Selbstmord. In hinterlassenen Briefen gibt der Verblichene als Grund für die Tat persönliche Angelegenheiten an.

Deutsches Reich.

Vor einem deutsch-russischen Wirtschaftsabkommen.

Die deutsch-russischen Verhandlungen über ein Wirtschaftsabkommen nehmen in Berlin einen günstigen Verlauf. Ein Hauptpunkt der Verhandlungen ist die Frage der Lieferungen der deutschen Industrie an Rußland.

Wie die Tel.-Union von zuständiger Seite erfährt, sind die Verhandlungen über Getreidelieferungen aus Rußland soweit gediehen, daß mit ihrem Abschluß demnächst gerechnet werden kann. Dem Vernehmen nach handelt es sich hier um Getreidevorräte, die die Sowjetregierung im Herbste nach Ablauf der Ernte nach Deutschland liefern wird. Der Preis für die Lieferung beträgt 200 Millionen Goldmark, von denen die Hälfte bei Abschluß des Vertrages im voraus bezahlt werden soll. Ein Viertel der Zahlung soll in bestimmt festgelegten Waren geliefert werden, für das letzte Viertel soll Rußland die Auswahl der Waren zugestanden werden.

Die deutsche Reichsindexziffer.

Aus Berlin meldet WTB.: Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten stellt sich für Juni im Durchschnitt auf 7650 (1913—14 gleich eins), gegenüber 3816 im Mai; die Steigerung gegenüber dem Vormonat beträgt demnach 100,5 Prozent. Die Ernährungskosten allein sind um 102,3 Prozent auf das 9347fache der Vorkriegszeit gestiegen. Genannte Zahlen sind inzwischen bereits wesentlich überholt. Am 27. Juni war die Gesamtindexziffer 11 785.

Volksentscheide.

Führende republikanische Kreise Deutschlands beabsichtigen, die Feier des 11. August, des Jahrestages der neuen Verfassung, als Nationalfeiertag durch einen Volksentscheid zu erzwingen.

Gleichzeitig sind radikale Siedlungsfreunde am Werk, um durch einen Volksentscheid eine weitgehende Agrarreform durchzusetzen.

Welcher Erfolg diesen Plänen beschieden sein wird und ob bei der gegenwärtigen ernsten Zeitlage überhaupt ein Volksentscheid über diese Fragen möglich ist, steht dahin.

*

In Neunkirchen (Saar) legten sämtliche kommunistischen Stadtverordneten und Beigeordneten ihre Ämter nieder. Im Stadtrat gaben sie die gemeinsame Erklärung ab, daß sie eingesehen hätten, daß nach kommunistischen Methoden nicht regiert und verwaltet werden könne.

Aus anderen Ländern.

Lloyd George auf Reisen.

London, 5. Juli. Im Oktober begibt sich Lloyd George nach Kanada. Von dort beginnt er seine Reise um die Welt, auf der er außer den Vereinigten Staaten Australien und Südafrika besuchen will. In kürzester Zeit wird Lloyd Georges Buch erscheinen unter dem Titel: „Wohin gehen wir?“

Judenmorde in Rußland und der Ukraine.

Wie der „Kurjer Czerwony“ schreibt, sind in den letzten paar Jahren nach einer Angabe des Zionisten Schwarzmann bei der Eröffnung der Versammlung des „Oze“, einer Organisation zur Verbesserung der gesundheitlichen Verhältnisse der Juden in Rußland, über 150 000 Juden in Rußland und der Ukraine getötet worden. Außerdem sind, wie Schwarzmann sagte, hunderte von jüdischen Frauen und Mädchen vergewaltigt worden.

Wie ich ohne Arzt geheilt wurde.

Von Karl Lütge.

(Nachdruck verboten.)

Es war eine Tatsache, die sich nicht länger verschweigen ließ: Ich wurde krank, erheblich, nicht ungefährlich krank . . .

Daran war nun nichts allzu besonderes. Ich wurde öfter einmal krank. Wie es eben so zu gehen pflegt: ein bißchen Erkältung, anschließend Husten, Heiserkeit, Schnupfen, Zahnreißen und derlei unangenehme, wenig beachtete, weil wenig geachtete „kleine“ Krankheiten. Doch, wie gesagt, diesmal wurde es schlimmer.

Mit dem Magen fing es an. Es konnte auch die Leber sein. Oder die Niere. Oder noch etwas anderes. Die Schmerzen waren jedenfalls sehr mannigfaltig, kamen unmotiviert und hielten sich auf ansehnlicher Höhe.

Meine Frau wollte sogleich den Arzt holen. Ich nickte. Man wußte dann wenigstens, was es war oder sein konnte, und brauchte nicht die seltsamsten Vermutungen der Tanten und Basen und Freunde und Freundesfrauen über sich ergehen zu lassen.

Die Tante, die mit uns die Wohnung teilte, protestierte erfolgreich unter Appell an unseren ohnedies schwachen Geldbeutel gegen die Heranziehung eines teuren Arztes. Sie stellte Magenkatarrh fest und verordnete Pfefferminztee, heiße Wickel, kalte Wadenpackungen.

„Morgen ist er wieder gesund“, sagte sie überzeugt zu meiner Frau.

Pflichteifrig kam meine Frau den Verordnungen der Tante nach. Und ich wurde noch kränker. Mit dem Halse bekam ich es zu tun.

Eine Freundin meiner Frau kam just zur rechten Zeit zu Besuch. Sie ließ sich die Krankheit im Nebenzimmer schildern.

Triumphierend rief sie:

„Galle! Das ist die Galle. Nichts weiter. Also da machst du: Zwieback essen lassen, Baldriantee, lauwarme Leibaufschläge. Das hilft totsicher!“

Wir machten es. Aber es half nicht totsicher, sondern gar nicht.

Wieder wollte meine Frau zum Arzt. Da kam meine Großmutter zu Besuch. Sie fixierte mich scharf und stellte sachkundige Fragen.

„Leberleiden“, meinte sie dann. „Das hat dein Vater auch in seinen jungen Jahren mal gehabt. Da helfen nur heiße Umschläge. Ordentlich heiß. Weiter gar nichts. Und kein Fleisch essen.“

Ich meinte schüchtern, daß ich überhaupt nichts essen könne.

„Ach, das wird sich morgen schon bessern. Nur immer, nicht wahr, heiße, sehr heiße Umschläge!“

Es wurde weder am nächsten, noch am übernächsten Tage besser. Im Gegenteil, ich wurde immer elender. Meine Frau jammerte:

„Nun traut man sich doch gar nicht mehr zum Arzt. Nach fünf Tagen. Was der sagen wird.“

Das redete ich ihr aus.

Mit Zittern und Zagen ging sie dann am sechsten Tage zum Arzt.

Sie kam jedoch nicht mit dem Arzt, sondern mit ihrer Base wieder, die mich schon am ersten Tage bedauert und die Ursache der Erkrankung auf geistige Überarbeitung geschoben hatte.

„Nervös ist das! Nur nervös. Ein nervöses Unterleibsleiden. Ich hab's gleich gesagt, daß es nichts als nervös ist. Sonst wäre es schon vorbei, wenn es nicht nervös wäre.“

Mir wurde bei dem schnarrenden „nervös“ noch übler, als es mir ohnehin schon war, aber ich lag ergeben und mucksmäuschenstill.

„Da hilft einzig und allein bei dieser nervösen Sache Nerventee. Halb und halb Pfefferminz- und Baldriantee. Viel trinken. Und Ruhe.“

Wir kamen auch dieser Verordnung in allen Teilen gewissenhaft nach.

Aber es wollte und wollte nicht besser werden. Es schien fast, als würde ich nur noch kränker.

Meine Frau schlich mit verweinten Augen umher und sah ebenso krank aus wie ich. Zum Arzt getraute sie sich nach diesem neuerlichen Heilmißerfolge noch weniger als vorher. Sie probierte auf eigene Faust noch alles mögliche. Aber es versteht sich, daß auch das nicht half.

„Hätten wir nur gleich den Arzt . . . Hätten wir nur . . .“

„Ja — vielleicht wäre ich da längst gesund. Vielleicht hätte der aber ebenso lange kuriert.“

Meine Frau nickte mutlos.

„Da hast du recht. Aber — da könnte man doch dann einen anderen nehmen.“

Da kam die Tante mit der Diagnose Magenkatarrh. Sie war ganz entrüstet und jammerte:

„Solch einen kranken Mann in der Wohnung! Hätte ich gewußt, daß er so krank ist, auf der Stelle hätte ich den Arzt geholt! Ich wäre gleich selbst losgerannt . . .“

„Vielleicht ist es jetzt noch nicht zu spät“, wandte ich schüchtern ein.

Die Großmutter kam hinzu. Sie war ebenso entrüstet und sparte nicht an herben Worten gegen meine Frau.

Und endlich fand sich auch die Base mit dem „nervösen Leiden“ ein, die gleichfalls auf meine arme Frau einhackte und am entrüstetsten tat . . .

„Wie man da bloß nicht den Arzt holen kann! Bei einer so schweren Krankheit! Die paar Mark, die das kostet, muß doch der Mann wert sein . . .“

Ja — und so ging es fort.

Erst bemühte ich mich, nicht hinzuhören und heuchelte erschöpften Schlaf. Aber dann wurde es mir zu bunt. Das Lächerliche der Situation reizte mich. Es stachelte mich zur Opposition an. Ich wollte nicht über mich verfügen lassen wie ein hilfloses Kind.

So verdrehte ich, als sie nach mir hinsahen, in erschreckendem Maße die Augen und stöhnte.

„Einen Arzt. Schnell einen Arzt . . .“

Damit verschwanden sie von der Bildfläche, und trotz meines elenden Zustandes mußte ich in Gedanken an die verpfuschte Kuriererei und ihre gezeitigten Folgen lächeln. Und an dem Lächeln zehrte ich, bis der Arzt kam, der sachlich untersuchte, kurz und knapp verordnete und ging, um nicht wiederzukommen, denn am nächsten Tage war ich gesund.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 6. Juli.

Stadtverordnetenversammlung in Bromberg.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten konnte erst um 6¾ Uhr beginnen, da die zur Beschlußfähigkeit nötige Anzahl der Stadtverordneten erst zusammengetrommelt werden mußte. Nach Einführung des neugewählten Stadtrats Strożynski wurde zunächst über zwei Anträge beraten, die bereits seit langer Zeit ihrer Erledigung harrten, da sie immer wieder von der Tagesordnung abgesetzt wurden. Die Anträge betrafen die Einrichtung eines Ventilators im Saale der Stadtverordneten und die Auswirkung von freien Straßenbahnfahrkarten für die Mitglieder der Finanzkommission. Während der erste Antrag ohne jedwede Debatte zur Annahme gelangte, rief der zweite ziemlich umfangreiche und heftige Reden hervor, die zumeist darin gipfelten, die Freifahrkarten nicht nur für die Mitglieder der Finanzkommission, sondern für die Mitglieder aller Kommissionen auszuwirken, d. h., da fast jeder Stadtverordnete Mitglied irgendeiner Kommission ist, für alle Stadtverordneten. Die Redner begründeten ihre Stellungnahme zu diesem Antrag damit, daß man von den Stadtverordneten, die doch so schon ihre kostbare Zeit zum Wohle der Stadt ohne jedwede Entschädigung opfern, nicht noch verlangen dürfe, daß sie auch noch pekuniäre Lasten tragen sollen und das zu heutiger Zeit überaus teure Schuhzeug zerreißen. Auf die Einwendung des Vorsitzenden, daß die Straßenbahn einer Privatgesellschaft gehöre und der Magistrat diese nicht zwingen könne, den Stadtverordneten freie Fahrkarten auszustellen, erklärte Stadtverordneter Banach, daß, wenn die Straßenbahngesellschaft, die doch eine deutsche Gesellschaft sei, nicht mit den Wünschen der Stadtverordnetenversammlung rechnen wolle, „sie sich zum Teufel scheren möge und sich darauf verlassen könne, daß in Zukunft auch die Stadtverordneten nicht mehr mit ihr rechnen würden“. Zum Schlusse wurde ein Antrag des Stadtv.-Vorst. Dzionara angenommen, der dahin lautet, der Magistrat möchte die Straßenbahngesellschaft ersuchen, den Stadtverordneten Freikarten auszustellen, im Falle der Ablehnung aber solche Karten auf Kosten der Stadt anzukaufen.

Nunmehr wurde in die Tagesordnung eingetreten, wobei der erste Punkt: Antrag des Magistrats um Erhöhung der Subvention an die Milchstation in Bromberg von 100 000 Mark auf 200 000 Mark monatlich ohne Debatten angenommen wurde. Der zweite Punkt: Antrag des Magistrats betreffend Ausbau des Stadtteils am Kanal längs der Nakeler Straße sowie Regulierung der daselbst befindlichen Straßen wurde, da die Finanzkommission infolge Nichtvorlegung des erforderlichen Planes seitens des zuständigen Dezernenten kein Referat ausarbeiten konnte, vertagt. Der dritte Punkt, ein Antrag des Magistrats betreffend die Nichtbenutzung der Präliminarüberschüsse der städtischen gewerblichen Unternehmungen zur Verringerung des Defizits des Budgetpräliminariums für das Jahr 1923 wurde zurückgezogen. Es wurde nämlich darauf hingewiesen, daß diese Unternehmungen infolge des starken Sinkens der polnischen Mark ihre Überschüsse, die mehr fiktiv als wirklich seien, selbst benötigen, um rechtzeitig Kohlen und andere Materialien einkaufen zu können.

Nachdem sodann noch ein Antrag der Finanzkommission, betreffend Erhöhung der Standpreise in der städtischen Markthalle um 150 Prozent angenommen worden war, folgte der wichtigste Teil der gestrigen Sitzung, die

Bezahlung der Kosten für die Straßenreinigung durch die Mieter.

In dieser Angelegenheit waren vier Anträge eingelaufen, und zwar 1. von verschiedenen Stadtverordneten, die beantragten, daß 60 Prozent der Kosten für die Straßenreinigung von den Auto-, Wagen- und Hundebesitzern erhoben werden sollen; 2. vom Mieterverein, der beantragte, nur ein Drittel dieser Kosten unter die Mieter zu verteilen, den Rest aber von den Hausbesitzern zu erheben, um so mehr, als die Mieter auch ohnehin nicht in der Lage seien, die Hausbesitzer zu kontrollieren; 3. vom Hausbesitzerverein, der diese Steuer gleichfalls für ungerecht erachtet und hervorhebt, daß fast die meisten Mieter sich weigern, diese Steuer zu bezahlen. Auch sei ein großer Teil der Mieter nicht einmal imstande, diese Zahlung aufzubringen, während andererseits die Aftermieter, die meist aus gutsituierten Leuten bestehen, zu dieser Steuer nicht herangezogen werden. Ferner sei es nicht angebracht, die Hausbesitzer als „unbezahlte Steuereinnehmer“ zu verwenden; 4. vom zweiten Hausbesitzerverein, der dahin lautet, nicht die ärmere Bevölkerung allein mit dieser Steuer zu belasten, sondern die Steuer proportional unter alle Einwohner der Stadt zu verteilen. Auch wird in diesem Antrag gefordert, das Straßenreinigungspersonal zu verringern, denn während früher nur 50 Personen damit beschäftigt waren, seien es jetzt mehr als 200. Ferner wird in dem Antrag gefordert, Straßenreinigungsmaschinen anzuschaffen.

Nach Verlesung dieser Anträge wurde vom Vorsitzenden der Dringlichkeitsantrag gestellt, der angenommen wurde. Als erster Redner ergreift das Wort Stadtv. Dzionara, der erklärt, daß, obgleich er selbst der Kommission angehörte, die die Einführung dieser Steuer beschloß, er doch nachträglich nach reifer Überlegung zu der Überzeugung gelangte, die Kommission habe damit einen Fehler begangen, und daß es demgemäß angebracht und auch gerecht wäre, diese Fehler zu verbessern. Die größte Verunreinigung der Straßen, erklärte Redner, werde hervorgerufen von den Landwirten, die mit ihren Produkten zur Stadt kommen und sich für diese hohe Preise bezahlen lassen, sowie von den Auto-, Wagen- und Hundebesitzern wie auch von den Rauchern, die ihre Zigarettenstummel auf die Straße werfen. Redner beantragt, auf den Straßen Jagiellońska, Toruńska, Berlińska, Szubińska, Dworcowa und einigen anderen besondere Leute, und zwar vorwiegend Invaliden, anzustellen, die von allen Auswärtigen, die mit ihren Wagen zur Stadt kommen, eine Pflastersteuer erheben sollen; denn durch diese Wagen werden nicht allein die Straßen verunreinigt, sondern auch zum Teil das Pflaster ruiniert. Wenn eine solche Steuer von den betreffenden Personen auch als drückend empfunden wird, so sei sie doch nur gerecht und in anderen Städten schon längst eingeführt. Auch Militärpersonen, sagt Redner, müßten zur Bezahlung dieser Steuern herangezogen werden, denn wenn sie es dazu haben, mit ihren Gespannen auf Gummirädern durch die Straßen der Stadt zu jagen, so können sie auch ganz gut zur Reinigung der Straßen beitragen. Von einer Verminderung der Zahl der Arbeiter müsse er dagegen in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit abraten, umsomehr, als die Anschaffung von Straßenreinigungsmaschinen gleichfalls ein hübsches Stück Geld kosten würde. Zum Schluß beantragte Redner, die ganze Angelegenheit nochmals einer Kommission zu überweisen, welche dann die betreffende Abgabe in gerechterer Weise verteilen soll. Stadtv. Matuszczak, Vorsitzender des Mietervereins, beantragt, den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vollständig aufzuheben. Dieser Antrag wird vom Stadtv. Bukolt unterstützt. Stadtv. Kruse erklärt, daß in dem besagten Paragraphen, auf den sich der Magistrat bei der Einführung dieser Steuer stützte, nur von dem Anlegen und dem Unterhalt von Fahrwegen die Rede ist, nicht aber vom Straßenreinigen. Aus dem Worte Unterhalt (utrzymanie) aber zu schließen, daß es auf die Reinigung Bezug habe, sei denn doch zu gewagt, denn es könne sich hier nur darum handeln, etwaige im Pflaster entstehende Löcher auszubessern. Redner beantragt, die weitere Einziehung der Steuer einzustellen, um so mehr, als sie nicht einmal bisher Gesetzeskraft erlangt hat, denn nach dem Wortlaut des besagten Paragraphen müsse die eventuelle Einführung dieser Steuer vom Wojewoden bzw. Minister für Verkehrswege bestätigt werden, was aber bisher noch nicht geschehen sei. Stadtv. Weymann erklärt, daß es nicht gut angehe, einen einmal von der Stadtverordnetenversammlung gefaßten Beschluß einfach aufzuheben, wie dies Stadtv. Matuszczak wünsche, er müsse vielmehr beantragen, die Angelegenheit nochmals einer Kommission zu überweisen. Der Vorsitzende erklärt, daß, obgleich er selbst ein ausgesprochener Gegner dieser Steuer sei, er sich gleichfalls nicht mit dem Antrag des Stadtv. Matuszczak einverstanden erklären könne und desgleichen um nochmalige Überweisung an eine Kommission bitte. Er stelle jedoch den Antrag, zu den Sitzungen dieser Kommission die Stadtv. Kruse und Matuszczak einzuladen. Dieser Antrag wird angenommen. Der Antrag des Stadtv. Kruse, die weitere Einziehung der Steuer einzustellen, wird abgelehnt, dagegen aber angenommen ein Antrag des Stadtv. Mąka, die Steuer weiter zu erheben, jedoch nur für die Zeit vom 1. März bis 30. April.

Deutsches Bundessängerfest in Bromberg.

Am Sonnabend und Sonntag, 7. und 8. Juli, veranstaltet bekanntlich der „Bund deutscher Männerchöre Posen-Pommerellen“ in Bromberg sein erstes Bundessängerfest. Den feierlichen Auftakt bildet am Sonnabend, nachmittags 5 Uhr eine musikalische Vesper in der evangelischen Pfarrkirche, ausgeführt vom Gausängerbund Bromberg unter Mitwirkung geschätzter Solokräfte. Am Sonntag nachmittags 4 Uhr wird dann in Patzers Park das eigentliche Festkonzert veranstaltet. Seine Vortragsfolge bietet Orchesterstücke (darunter einen eigens für diesen Zweck komponierten Feierlichen Marsch), mehrere Gesamtchöre der vereinigten Sänger des ganzen Bundes, darunter Schuberts „Allmacht“ und Griegs berühmtes Chorwerk „Landerkennung“, beide mit Orchesterbegleitung, ferner mehrere Einzelchöre verschiedener Vereine. Daran schließt sich dann Konzertmusik im Garten und Festball im Saale, so daß auch Unterhaltung in zwangloserer Form vorgesehen ist. — Der Rahmen des Ganzen ist also ebenso umfangreich wie bei gleichen Veranstaltungen in früheren Jahren, und so darf wohl, gleichfalls wie früher, auf eine allseitige Teilnahme der deutschen Kreise aus Stadt und Land gerechnet werden.

§ **Erhöhung der Teuerungszulagen zu den Arbeiterunfallrenten.** Die bisherigen Teuerungszuschläge zu den Arbeiterunfallversicherungsrenten sind mit Rückwirkung bis zum 1. April erhöht worden. Die neuen Zuschläge betragen: Von 50—66⅔ Prozent Beschädigung 60 000 M. monatlich, 66⅔—80 Prozent 90 000 M., von mehr als 80—100 Prozent 120 000 M., für Witwen, Witwer und Anverwandte 60 000 M., für jede Halbwaise 30 000 M., für jede Vollwaise 60 000 M. Den unter 50 Prozent Beschädigten wird keine Zulage zugebilligt.

§ **Nächtliche Stromsperre.** Das Elektrizitätswerk teilt uns mit, daß infolge dringender Reparaturarbeiten in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag die Stromzufuhr von 12 Uhr nachts bis 7 Uhr morgens abgesperrt werden wird.

§ **Verhaftet** wurden am Mittwoch und Donnerstag früh 10 Personen, und zwar fünf wegen Diebstahls, ein Knabe, der seinen Eltern entlaufen war, ein Hochstapler, drei Personen wegen Trunkenheit und neun weibliche Personen wegen Überschreitung der polizeilichen Vorschriften über die Sittenkontrolle.

*

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

Tow. Cyklistów (Radfahrer-Verein E. V.). Monatssitzung am 6. Juli im „Ognisko“, ul. Jagiellońska um 7½ Uhr.

Rom-Romano in Bromberg. Nach seinen erzielten großen Erfolgen in Posen, Warschau, Krakau und anderen Städten wird der unvergleichliche europäische Fakir, Automediumist, Hypnotiseur und Telepat Herr Rom-Romano nunmehr auch in Bromberg im Saale Wichert „Alt-Bromberg“ am Sonnabend und Sonntag, den 7. und 8. Juli, auftreten. Wie aus der Warschauer und Posener Presse hervorgeht, erwecken die Experimental-Abende des Herrn Rom-Romano, die in Anwesenheit hervorragender Experten aus der Gelehrten- und ärztlichen Welt, hervorragender Vertreter der Presse sowie eines den Saal in Scharen füllenden Publikums stattfanden, überall Verwunderung und Sensation, während Herr Rom-Romano, der seine Experimente ohne jedwede Medien und nur ausschließlich an sich selbst vorführt, als das Rätsel des 20. Jahrhunderts betrachtet wird. Im Programm der Experimental-Abende am Sonnabend und Sonntag sehen wir u. a.: 1. Telepatische Erfahrungen; 2. Wie einem Stotternden die Geläufigkeit der Sprache zurückgegeben werden kann; 3. Autohypnose nach Art der indischen Fakire; 4. Unempfindlichmachung des Körpers in wachem Zustande; 5. Gemeinsamer Wille. Da die Experimental-Abende des Herrn Rom-Romano sich überall eines noch nie dagewesenen Erfolges erfreuen und Hunderte von Personen infolge Mangels an Eintrittskarten unverrichteter Sache von der Kasse wieder umkehren, ist es angebracht, um ein Drängen an der Kasse zu vermeiden, sich rechtzeitig in der Buchhandlung von Posłuszny u. Gieryn mit Eintrittskarten zu versehen. (7422

* * *

* **Kolmar** (Chodzież), 5. Juli. Die Stadt Lissa hat zum ersten Bürgermeister der Stadt den Bürgermeister Kowalski von hier gewählt. Herr K. wurde in der Sitzung vom 21. Juni 1921 einstimmig zum Bürgermeister unserer Stadt gewählt, und hat bis zum heutigen Tage mit Hingabe aller seiner Kraft für das Wohl der Stadt gewirkt. — Die Hundesperre für den Umkreis der Stadt Chodzież ist aufgehoben.

* **Lissa** (Leszno), 5. Juli. Am 2. Juli suchte eine 30- bis 35jährige Frauensperson, vermutlich aus Lebensüberdruß, in dem Teiche in der Vorstadt Blonie (Pläne) den Tod und ertrank, ehe Hilfe möglich war.

* **Posen** (Poznań), 5. Juli. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung berichtete Stadtv. Stachecki über die Bewilligung einer einmaligen Zulage für die städtischen Angestellten und Funktionäre für den Monat Mai in Höhe von 28 Prozent. Bewilligt wurden für diesen Zweck 150 Millionen Mark. Zur Sprache kam dann die Ausgabe von städtischen Obligationen. Die angeforderte Summe beträgt zwei Millionen polnische Złotys. Sie wird zur Erweiterung der städtischen Schlacht- und Viehhofanlagen, Erneuerung des Wasserleitungsnetzes, Übernahme der elektrischen Straßenbahn, Bau einer Handwerkerschule, Errichtung eines Gebäudes für die Handels- und Gewerbeschule gebraucht. Ein Teil der Obligationsanleihe soll für den so notwendigen Wohnungsbau verwandt werden. Die Vorlage wurde angenommen.

* **Posen** (Poznań), 5. Juli. Eine große Silberbeute, die einen Gesamtwert von rund 60 Millionen Mk. darstellt, wurde einem Diebe von der Polizei abgenommen und hat sehr schnell ihren berechtigten Eigentümer gefunden. Sie war nämlich in der Nacht zum Sonntag auf der Besitzung Szczepawice (fr. Porthof) im Kreise Kosten durch Einbruch gestohlen worden. Ein Teil der Sachen fehlt noch. Der Mann, bei dem die silbernen Wertgegenstände beschlagnahmt wurden, will sie von einem anderen ihm unbekannten Manne erhalten haben.

Handels-Rundschau.

Geldmarkt.

Die polnische Mark am 5. Juli. Für 100 Polenmark wurden gezahlt: in Danzig 155,61—156,39, Ausz. Warschau 152,61 bis 153,39, Ausz. Posen 149,62—150,38, in Berlin 137,50—142,50, Auszahlung Warschau 143,50—164,50, in London Ausz. Warschau 0,00055, in Zürich Ausz. Warschau 0,0058, in Prag 0,0335—0,0385, in Wien 63—71, Ausz. Warschau 67—71.

Warschauer Börse vom 5. Juli. Belgien 5200. Danzig 0,62. Berlin 0,62. London 474 500. Neuyork 104 000. Paris 6155. Prag 3100. Wien 100 Kr. 144. Schweiz 18 100. Italien 4510. — Devisen (Barzahlung u. Umsätze): Dollars der Vereinigten Staaten 103 000. Deutsche Mark 0,61.

Amtliche Devisennotierungen der Danziger Börse vom 5. Juli. 1 holländ. Gulden 70822,50 Geld, 71177,50 Br. 1 Pfund Sterl. 819 945,00 Gd., 824 055,00 Br. 1 Doll. 180 547,50 Gd., 181 452,50 Brief. 100 poln. Mark 155,61 Gd., 156,39 Br., verkehrsfreie Auszahl. Warschau 15,261 Gd., 153,39 Br., verkehrsfreie Auszahlung Posen 149,62 Gd., 150,38 Br. 1 fr. Frank 10748,06 Gd., 10801,94 Br.

Danziger Schlußkurse vom 5. Juli. Dollar 181 000. Polennoten 156. Auszahlung Warschau 153, Ausz. Posen 150. — Im Abendfreiverkehr: Dollar 196 000. Polennoten 164. Neuyorker Parität 195 121,95.

Berliner Devisenkurse.

Für drahtliche Auszahlungen in Mark	5. Juli. Geld	5. Juli. Brief	4. Juli. Geld	4. Juli. Brief	Münz-Parität
Holland . . . 1 Guld.	65835,00	66165,00	62643,00	62957,00	1,687 M
Buenos-Aires 1 P.-Pes.	58852,50	59147,50	55610,50	55889,50	1,78 „
Belgien . . . . 1 Frcs.	8229,00	8271,00	8054,50	8095,50	0,81 „
Norwegen . . 1 Kron.	26683,00	26817,00	25935,00	26065,00	1,125 „
Dänemark . . 1 Kron.	28428,50	28571,50	27730,50	27869,00	1,125 „
Schweden . . . 1 Kron.	43890,00	44110,00	42294,00	42506,00	1,125 „
Finnland . . 1 finn. M.	4618,00	4637,00	4389,00	4411,00	0,81 „
Italien . . . . . 1 Lire	7182,00	7218,00	6982,50	7017,50	0,81 „
England . . 1 P. Sterl.	748125,00	751875,00	728175,00	731825,00	20,43 „
Amerika . . . 1 Dollar	165585,00	166415,00	160198,00	161002,00	4,20 „
Frankreich . . . 1 Frcs.	9825,00	9875,00	9051,00	9549,00	0,81 „
Schweiz . . . . 1 Frcs.	29127,00	29273,50	28029,50	28170,50	0,81 „
Spanien . . . 1 Peset.	23840,00	23960,00	22643,00	22757,00	0,81 „
Tokio . . . . . 1 Yen	80298,50	75689,00	—	—	2,09 „
Rio de Janeiro 1 Mlr.	16957,50	17042,00	16758,00	16842,00	1,36 „
Dtsch.-Oest. 100 Kr.abg.	—,—	—,—	232,41	233,59	0,85 „
Prag . . . . . 1 Kron	5087,00	5113,00	4912,50	4937,50	0,85 „
Budapest . . 1 Kron.	—,—	—,—	18,70	18,80	0,85 „

Die Landesdarlehnskasse zahlte heute für: Deutsche 1000- und 100-M.-Scheine 50, eine Goldmark 23 192, eine Silbermark 9735, 1 Dollar (große Scheine) 103 000, 1 Dollar (kleine Scheine) 101 970, franz. Frank 6140, Pfd. Sterling 478 000, Schweizer Frank 18 170, Złoty 17 000.

Aktienmarkt.

Kurse der Posener Börse vom 5. Juli. Bankaktien: Kwilecki, Potocki i Ska. 1.—7. Em. 10 000. Bank Pozn. 1.2. Em. 4250. Bank Przemysłowców 1. Em. o. K. 11 000—10 000. Bank Zw. Spółek Zarobk. 1.—10. Em. 26 000—25 000. Polski Bank Handl., Pozn. 1.—8. Em. 13 000. Pozn. Bank Ziemian 1.—5. Em. 2850 bis 2800. Wielkop. Rolniczy 1.—4. Em. 1300. — Industrieaktien: R. Barcikowski 1.—4. Em. o. Bezr. 6000. Browar Krotoszyński 1.—4. Em. 75 000—70 000. Brzeski Auto 1.—2. Em. 8500. H. Cegielski 1.—9. Em. 7000—6700. Centrala Skór 1.—4. Em. (o. Bzr.) 9500. C. Hartwig 1.—5. Em. 4800. Hartwig Kantorowicz 1. Em. 65 000—70 000. Herzfeld-Viktorius 1.—2. Em. o. Bzr. 24 000. Hurt. Spółek Spożywców 1.—2. Em. 8000—7500. Iskra 1.—3. Em. 21 000—22 000. Lubań, Fabryka przetw. ziem. 1.—44. Em. 270 000 bis 275 000. Dr. Roman May 1.—4. Em. 110 000—115 000. Pneumatik 3400—3200—3300. Płótno 1.—2. Em. 14 000—15 000. Patria 1.—8. Em. 9000. Pozn. Spółka Drzewna 1.—6. Em. (o. Bzr.) 21 000 bis 20 000. Spółka 1.—2. Em. 45 000. Sarmatia 1.—2. Em. 12 000. Tkanina 1.—4. Em. 11 500—12 000. „Unja“ (fr. Ventzki) 1. u. 2. Em. 39 000—38 000. Wisła, Bydgoszcz 1.—2. Em. 54 000. Wytwornia Chemiczna 1.—4. Em. (o. Bzr.) 3300. Wyroby Ceramiczne 1. Em. 33 000. Zjedn. Browar. Grodziskie 1.—2. Em. 36 000—38 000.

Materialienmarkt.

Holz. Grodno, 2. Juli. Im Einklang mit der sonstigen Teuerung sind auch die Holzpreise je nach dem Material um 70 bis 100 Prozent gestiegen. Fichtenstämme von 16 Zentimeter werden angeboten (in Tausenden M.) mit 280—300, Kiefer 250—270 M., Fichtenkloben zur Ausfuhr bis 400, desgl. Kiefer 350—360, Telegr.-Stangen zur Ausfuhr, bearbeitet, länger 300—320, kürzer 260—280, Grubenholz bei lebhafter Nachfrage zum Export und für heimische Gruben 160—170. Tendenz: fest.

Produktenmarkt.

Danziger Getreidemarkt vom 5. Juli. (Umlagefrei für 50 Kg. ab Freistadt-Station.) Weizen 240—280 000, Roggen 210—230 000, Gerste 170—190 000, Hafer 190—220 000, kleine Erbsen 240—280 000, Viktoriaerbsen 260—350 000, Roggenkleie 110 000, Weizenkleie 120 000. Tendenz: fest.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 5. Juli bei Toruń (Thorn) + 1,38, Fordon + 1,16, Chełmno (Culm) + 1,03, Grudziądz (Graudenz) + 1,10, Kurzebrack + 1,41, Pieckel + 0,78, Tczew (Dirschau) + 0,90, Einlage + 2,38, Schiewenhorst + 2,60, Zawichost am 3. Juli + 1,55 Mtr. Kraków am 3. Juli — 1,73 Meter. Warszawa am 3. Juli + 1,90 Meter. Płock am 3. Juli —,— Meter.

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki, Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Am 28. Juni d. J. verschied in Dt.-Krone nach schwerem Leiden der

Studienrat, Professor

Gustav Gerlach

Er hat dem Lehrkörper des hiesigen deutschen Privatgymnasiums zwei Jahre lang angehört. Sein gerader, mannhafter Sinn, sein frisches, entgegenkommendes Wesen, sein vorbildliches Lehrgeschick verbunden mit begeisterter Berufsfreudigkeit haben ihm in dem weiten Kreise seiner Schüler und Amtsgenossen in reichstem Maße Achtung, Zuneigung und Vertrauen erworben. 7417

Wer ihn kannte, wird ihn nicht vergessen.

Bydgoszcz, den 6. Juli 1923.

Das Lehrerkollegium des Deutschen Privatgymnasiums.

Nachruf.

Am 3. Juli verschied unerwartet nach längerem schweren Leiden im Alter von 56 Jahren unser Mitglied,

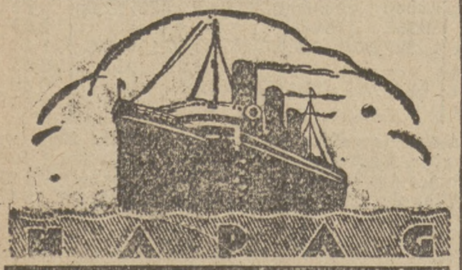
der Besitzer Herr 7416

Rudolf Pansegrau.

Trotzdem er erst seit kurzer Zeit dem Verein angehörte, hat er es verstanden, sich bei den Mitgliedern beliebt zu machen.

Ehre seinem Andenken!

Landwirtschaftlicher Verein Langenau—Otterave.



HAMBURG-AMERIKA LINIE
GEMEINSAMER DIENST MIT DEN
UNITED AMERICAN LINES INC

Nach

NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-

AMERIKA

AFRIKA, OSTASIEN USW.

Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Rauchsaal. Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer

Etwa wöchentliche Abfahrten von
HAMBURG NACH NEW YORK

Auskünfte und Drucksachen durch
HAMBURG-AMERIKA LINIE
2346 HAMBURG, Alsterdamm 25.

Erstklassige

Schmiedekohlen

(gewaschene Erbs. aus Emma- und Römergrube) in größeren und kleineren Mengen abzugeben, und nehmen Vorbestellungen an für waggonweisen Bezug. 5932

Schlaak i Dąbrowski
Sp. z o. p.
Bydgoszcz, Marcinkowskiego 8 a.
Telefon 1923.

Versteigerung.

Am Sonnabend, den 7. Juli 23, vm. 10 Uhr, werde ich **Mauerstr. 1:** **Büfett** (Mahag.), Schränke, Tische, Stühle, Kommoden, Bettgestelle, 2 Std. Betten, Schuhmacher-Nähmaschine Fleischerwagen, Regulator, Milchzentrifugen, Bekleidungsstücke, Haus- und Küchengeschirr und vieles andere meistbietend freiwillig versteigern. Besichtig. 1 Stunde vorher.

Maks Cichon
licytator i taksator.
Kantor: Pod blankami 1
Tel. 1030. 6852

Kirchenzettel.

* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.
Fr.-T. = Freitaufen.
Sonntag, d. 8. Juli 1923.
(6. n. Trinitatis).

Bromberg. Paulskirche. Vorm. 10 Uhr: Sup. Aßmann. 11¼ Uhr: Fr.-T. 12 Uhr: Kindergottesdienst. Nchm. 5 Uhr: weibl. Jugendpflege, Elisabethstraße 9. Donnerstag, abds. 8 Uhr: Bibelstunde im Gemeindehause, Sup. Aßmann.

Ev. Pfarrkirche. 10: Pf. Hesekiel*. 12 Uhr: Kindergottesdst. Dienstag, abds. 7½ Uhr: Blaukreuzversammlung i. Konfirmandensaale.

Christuskirche. 8½ Uhr: Pf. Hesekiel.

Luther-Kirche, Frankenstraße 87/88. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst, Pfarrer Lassahn. 11½: Kindergottesdienst. Nachm. 4: Jugendbund. 6 Uhr: Erbauungstunde i. Gemeindehause.

Ev.-luth. Kirche, Posenerstraße 13. Vorm. 10: Lesegottesdienst. Freitag, abds. 7½ Uhr: Gottesdienst.

Landeskl. Gemeinsch. Marcinkowskiego (Fischerstraße 8 b.) Nachm. 2: Sonntagsschule. 3½ Uhr: Jugendbund f. E. C. 5: Evangelisation, Prediger Ritter. Mittwoch, abds. 8 Uhr: Bibelstunde.

Schleusenau. Vorm. 10 Uhr: Hauptgottesdienst. 11½ Uhr: Kindergottesdienst.

Prinzenthal. Nachm. 2½ Uhr: Hoffnungsbund. 4 Uhr: Jugendbund für E. C. 6 Uhr: Erbauungsstunde, danach Blaukreuzverein.

Wtelno. Vorm. 9 Uhr: Gottesdienst, dan. Kdr.-gottesdienst. 11: Außengottesdienst in Hammer. Nachm. 2 Uhr: Ausflug der Kinder nach Ellerntal.

Crone a. Br. Vorm. 11 Uhr: Andacht.

Wojewoda Poznański
L. dz. 226/23 I J. Poznań, 17. Febr. 1923.

Rundschreiben.

Ich empfehle Ihnen, falls dies bisher noch nicht geschehen, alle interessierten Fischer davon in Kenntnis zu setzen, daß alle Fischerboote mit einer entsprechenden Aufschrift, wessen Eigentum sie sind, versehen sein müssen, ebenso wie auch alle Fischereigeräte entsprechende Zeichen tragen müssen.

Anzuwenden ist hierbei § 99 des Fischereigesetzes vom 11. Mai 1916 in Verbindung mit der Erklärung zu diesem Paragraphen und der Verfügungen der Polizei (Fischereiordnung) vom 29. März 1917, § 41.

Für den Wojewoden:
(—) Mravincsics, m. p.
Starostei-Inspektor i. A. des Chefs der Adm.-Abt. 6853

Obiges bringe ich hiermit zwecks genauer Befolgung zur öffentlichen Kenntnis.
Bydgoszcz, den 26. Juni 1923.
Städtische Polizei-Verwaltung.
(—) I. V.: Podoski.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Art. 19 Abs. II des Gesetzes vom 19. 5. 1920 hat der Okregowy Urząd Ubezpieczeń w Poznaniu den Wert der vollen Verpflegung einschließl. Wohnung, Heizung und Beleuchtung, wie folgt, festgesetzt:

a) Für Gruppe I.
Apotheker- und Handlungsgehilfen, Wirtschafts- und Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker, Lehrer und Erzieher, Lehrerinnen, Gesellschafterinnen, Hausdamen, Wirtschafterinnen, Küchenchefs u. ä. Pers. tägl. 9000 M.

b) Für Gruppe II.
Gewerbliche Gehilfen, Wirtschaftseleven, Gesellen, Handlungsgehilfinnen, Gastwirtschaftsgehilfen, Köche, Apotheker- und Kaufmannslehrlinge, Kraftwagenführer, Pfleger und Pflegerinnen, Kindergärtnerinnen, Kinderfräuleins u. ä. Pers. tägl. . . . . . . 7500 M.

c) Für Gruppe III.
Arbeiter, gewerbliche Lehrlinge, Kellnerinnen, männl. und weibl. Diener, Hauswarte beiderlei Geschlechts, Köchinnen, Wäscherinnen, Näherinnen, Plätterinnen und ä. Personen täglich . . . . 6000 M.

⅕ der obengenannten Beträge gilt als Wert der freien Wohnung mit Heizung und Beleuchtung.

d) Der Wert der einzelnen Sachbezüge der Aufwärterinnen, Wäscherinnen, Plätterinnen u. ä. beträgt: 6832

Erstes Frühstück	600 M.
Zweites Frühstück	750 M.
Mittagessen	1800 M.
Vesper	750 M.
Abendbrot	900 M.

Die unter a, b, c und d angeführten Wertbeträge erhöhen sich in Städten bis zu 20 000 Einwohnern um 25 Prozent, in Städten mit über 20 000 Einwohnern um 50 Prozent.

Die vorstehende Festsetzung tritt am 1. Juli 1923 in Kraft.

Bydgoszcz, den 5. Juli 1923.
Kasa Chorych miasta Bydgoszcz.
(—) Sioda, Vorsitzender.

Die Teuerung

zwingt Sie, für Ihre Bekleidung nur wenig zu zahlen! 6858

Wir verkauf., solange alter Vorrat:

Kinderkleider, Mousselin	19.800
Kinder-Ledersandalen	24.800
Kinder-Lederstiefel	28.800
Kinder-Kleider, Batist	35.000
Damenschuhe, schwarz, weiß, grau	35.000
Damenkleider, reizende Sommerstoffe	48.500
Damenkleider, weiß und farbig Voile	78.500
Weiße Voileblusen, reich gestickt	85.000
Damenlederschuhe, schwarz, braun	115.000
Herren-Lederstiefel, beste Handarbeit	185.000
Damen-Lederstiefel, genäht	195.000
Damen-Strickjacken, alle Farben	195.000
Damen-Lackschuhe, Ia-Qual.	195.000
Damen-Frottee-Kostüme	275.000
Damen-Cheviot-Kostüme	275.000
Herren-Lackstiefel	275.000
Herren-Lederstiefel „Handarbeit"	275.000

Gelegenheitskäufe:
Damen-Lederhalbschuhe
Damen-Lackschuhe
Mädchen-Lederstiefel
Knaben-Lederstiefel
Herren-Lederstiefel
Damen-Lederstiefel
Einzelpaare **95.000**

Mercedes, Mostowa 2.

Drucksachen

aller Art liefert in geschmackv. Ausführung
A. Dittmann, G. m. b. H., Bromberg.

Treibriemen

aus Leder und Kamelhaar,
Riemenschrauben, Treibriemenwachs
empfehlen 6598
Ferd. Ziegler & Co., Bydgoszcz.

Bund deutscher Männerchöre
Posen - Pommerellen.

Am Sonnabend, den 7. Juli 1923, nachmittags 5 Uhr
in der evang. Pfarrkirche

Musikalische Vesper

ausgeführt vom **Gauverband Bromberg,** unter Mitwirkung erster Solokräfte.
Eintrittspreis pro Person 3000 Mark.
Vorverkauf in der Buchhandlung **Hecht,** Danzigerstraße.
Programme am Eingang der Kirche zu haben.

Am Sonntag, den 8. Juli 1923, nachmittags 4 Uhr
in Patzer's Etablissement

Großes Instrumental- und Vokal-Konzert

500 Sänger — Großes Orchester

unter Leitung des Herrn Musikdirektors **Elisat.**
Eintrittspreis pro Person 5000 Mark.
Programme an der Kasse zu haben. 6526

Freunde der Sangeskunst, die bereit sind, einem Sänger Nachtquartier zu gewähren, werden gebeten, ihre Adresse bei Schuhmachermeister Pohlmann, Danzigerstraße Nr. 30, abzugeben.

Hufeisen, Stabeisen Eisenbleche, Bandeisen runde Drahtnägel

ab Lager empfiehlt 7405
Kufel, Rataszewski i Ska.,
Sp. z. ogr. por.,
Bydgoszcz, ul. Sniadeckich 13—14.
Telefon 1835. 7405

Verlangen Sie durch Postkarte unsere
neueste Preisliste
über Manufakturwaren aller Art
der Postexpedition
„Nadzieja" in Lodz, ul. Kilinskiego 40
D. R. B.,
die unverzüglich vollständig kostenlos versandt und Ihnen große Vorteile bringen wird. 4932

Pachtungen

14 Morgen gute
Graswiesen
sofort zu verpachten.
7418 **Bleja, Długa 15.**

Achtung!
Erstklassige
Schäfteausführung.
Die geehrte Kundschaft wird gebeten, sich davon zu überzeugen in der 6845
ul. Warszawska 13.
Bybinski.

Wohnungen

Suche 4-7-Zim.-Wohn. mit Elektr., Bad, Gas u. sämtl. Zubeh. Beding. gleichgültig Off. u. Ing. Cz. an A.-Exp. C. B. Expreß, Jagiell.

In Mietsstreitigkeiten
sowie Schriftsätzen jeglicher Art erteilt Rat und Hilfe 6749
Z. Gruszczyński, ul. Gdańska 162, II. Etg.

Suche z. mieten eine
5–7-Zimmer-Wohnung
m. elektr. Lichtanlage. Preis n. Vereinbarung. Off. unt. **L. 7420** a. d. Geschäftsstelle d. Ztg.

Suche 7379
3—6 Zimmer
von Hauseigentümer. Preis n. Vereinbarung. Offerten unter **K. M.** an Annoncen-Exped. **C. B. „Expreß",** Jagiellońska.

Schöne 3—5 Zimmer-Wohnung sofort oder später gesucht. Offerten unter **L. 7273** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

3–5-Zimmer-wohnung
nach Vereinbarung zu mieten gesucht. Off. u. **K. 6857** a. d. Geschäftsstelle d. Ztg.

Vertausche meine
3-Zim.-Wohnung
nebst Nebengelaß, ul. Jackowskiego (Feldst.), gegen eine 7419
5-8 Zim.-Wohnung
m. elektr. Licht i. Zentr. d. Stadt. Preis n. Vereinbarung. Off. unt. **K. 7419** a. d. G. d. Ztg.

Suche von sofort
eine Wohnung
2—3 Zimm. m. Küche, Preis n. Vereinb. Off. unter **G. 7322** an die Geschft. dieser Zeitung.

2—3-Zimmer-Wohng. und Küche
v. zwei alt. Damen i. dtsch. Hause z. mieten gesucht. Adr. an **Frl. Schneider, Schröttersdorf, Prom. 13, II.** 7387

Laden mit Wohnung
für elektrisch. Installationsgeschäft ges. 7372
E. Dziewulski,
Bydgoszcz, Błonia 22 a.

Möbl. Zimmer

Suche von sofort eine von 2 oder 3 möbl. Zimmerwohng. mit Küche zu vermiet. evtl. zu kaufen. Off. unter **K. 7326** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

---

4 bis 5 Zimmer

gut möbliert, zu kauf. gesucht. Offert. erbeten unter **Nr. 238/16** an das Annoncen-Büro **„Par",** Dworcowa 18. 6854

Bank M. Stadthagen Tow. Akc.

Zentrale Bydgoszcz
Filiale: **Berlin, Kronenstraße 68/69**

Erledigung sämtl. Bankgeschäfte

An- und Verkauf von
- Devisen
- fremden Valuten
- ausländischen Ueberweisungen

Exportbank

Inkasso von Exportdevisen und Ausstellung von Exportbescheinigungen. 6859

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 151.

Bromberg, Sonnabend den 7. Juli 1923.

Pommerellen.

Verpflichtung zum Auslegen des Kreisamtsblatts.

Eine Verordnung des Wojewoden in Thorn besagt:
In Anwendung des § 93 der Gewerbeordnung werden sämtliche Kaufleute und Gastwirte, welche die Schankkonzession für alkoholische und nicht alkoholische Getränke besitzen, auf die Verpflichtung aufmerksam gemacht, den „Orędownik Powiatowy" (Kreisamtsblatt) zu abonnieren. Der „Orędownik" hat in jedem Schanklokal auszuliegen. Gemäß § 147 erfolgt bei Nichtbefolgung der Verfügung Bestrafung evtl. Konsensentziehung.

Tilgung von landschaftlichen Hypothekenschulden.

Das Kommissariat des Hauptliquidationsamtes gibt nach Mitteilung der Wojewodschaft bekannt, daß zur Abtragung von landschaftlichen Hypothekenschulden die Erlaubnis des Liquidationsamtes nicht mehr erforderlich ist.

Die Abzahlung kann durch Vermittelung einer zu Transaktionen mit Devisen und ausländischen Valuten berechtigten Bank erfolgen.

6. Juli.

Graudenz (Grudziądz).

A. **Schulangelegenheiten.** Durch die Abwanderung vieler Deutscher, durch Besuch vieler deutscher Kinder im deutschen Privatgymnasium ist die Zahl der deutschen Kinder im Staatlichen naturhistorisch-mathematischen Gymnasium (fr. Oberrealschule) bedeutend zurückgegangen. Einzelne Klassen sind nahe daran, einzugehen. So zählt die neue Sexta nur 11 deutsche Schüler. Treten nicht in nächster Zeit mindestens vier Anmeldungen deutscher Kinder für die Sexta ein, so soll diese als deutsche Klasse nicht weiter bestehen bleiben. Da auf den Staatlichen Anstalten Schulgeld nicht erhoben wird, sondern nur eine kleinere Gebühr für Benutzung von Turngeräten usw. kommt der Besuch dieser Schule verhältnismäßig billig zu stehen. Da am humanistischen Gymnasium verschiedene deutsche Klassen eingegangen sind und andere noch eingehen, so werden die deutschen akademischen Lehrkräfte an anderen staatlichen Lehranstalten beschäftigt werden. *

Thorn (Toruń).

* **Die Deutsche Bühne in Thorn E. V.** hält am kommenden Mittwoch, 11. d. M., im Café Nowak ihre diesjährige ordentliche Generalversammlung ab, wozu das Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich ist. Aus der Anzeige in heutiger Nummer ist die Tagesordnung ersichtlich. **

—* **Die Sauberkeit auf den Aborten einiger Thorner Bahnhöfe** läßt, worüber sich viele Reisende beklagen, manchmal zu wünschen übrig. Besonders wird über die Bedürfnisanstalten auf den Bahnhöfen Thorn-Mocker und Thorn Stadt geklagt. Abhilfe wäre dringend erwünscht. **

‡ **Grober Unfug.** Mittwoch nachmittag gegen 4 Uhr wurde die Feuerwehr nach der ul. Łazienna (Baderstraße) gerufen, ohne daß dort ein Grund zur Hilfeleistung vorlag. **

‡ **Von der Weichsel bei Thorn.** Seit Mittwoch macht sich schnelles Ansteigen des Wassers bemerkbar. Donnerstag früh zeigte der Pegel 1,38 Meter über Null, in der Mittagsstunde war er bereits auf 1,48 Meter gestiegen. Die Sandbänke im Strom sind dadurch zum großen Teil wieder vollständig überflutet worden. — Der Traftenverkehr ist nach wie vor sehr rege. Die vor der Stadt liegenden Traften, etwa zehn bis zwölf an der Zahl, sind stromab weitergeschwommen; einige wurden durch den hier stationierten Dampfer „Bałtyk" abgeschleppt. Aus dem Oberlauf werden weitere Traften erwartet. Dampfer- und Schiffsverkehr war nicht zu verzeichnen, außer, daß einige Fahrzeuge der Weichselflottille die Stadt wieder verlassen haben. **

er. **Culm (Chełmno),** 4. Juli. Bei endlich heiterem Himmel war der heutige Wochenmarkt gut beschickt. Für Butter wurden 13 000—14 000 M. verlangt, doch konnte man sie später für 12 000 M. kaufen, Eier 10 000—11 000 M., Glumse 2000—2500 M., Mohrrüben das Bundchen 800—1000, Schoten 3000—4000 M., Blaubeeren je Liter 5000—6000 M., Pilze waren reichlich, das Maß 1500 M. Junge Hühner das Paar 20 000—22 000 M., Suppenhühner 28 000—30 000 M. das Stück. Fische waren nicht da. Kartoffeln sind sehr im Preise gestiegen, 20 000—22 000 M. Die Fleischpreise sind dieselben geblieben. Das Brot ist im Preise schon wieder in die Höhe gegangen, so kostet ein Dreipfundbrot 7000 M. (bisher 5000 Mark). — Zu dem am 2. Juli alljährlich hier stattfindenden Ablaß waren bereits Tags vorher Tausende von Besuchern von nah und fern erschienen. Da es Sonntag war, waren sämtliche Geschäftsläden geöffnet, auch durften die Bäcker und Fleischer in ihren Werkstätten arbeiten. Die Betkapelle über dem Graudenzer Tor wurde von vielen Andächtigen besucht. Weitere Besuche gingen zu dem heiligen Born am Abhange der Promenade und schöpften dort das Quellwasser, das Heilkraft für die Augen haben soll. — Heute Nacht wurde die Feuerwehr alarmiert. Es brannte in der Mühlenstraße, aber es war nur ein Kleinfeuer, das bald gelöscht wurde.

* **Dirschau (Tczew),** 5. Juli. Die Fahrt von Danzig unterbrechen mußten viele Danziger Freistadtangehörige, welche auf ihrer Durchfahrt den hiesigen Bahnhof seit Dienstag abend passierten. Seitens des polnischen Innenministeriums ist eine Verordnung erlassen worden, nach welcher jeder Freistadtangehörige, der nach Polen einreist, sich auf der zuständigen Starostei zwecks Erlangung einer Aufenthaltserlaubnis zu melden hat. Diese Verordnung betrifft aber nur solche Freistadtangehörige, welche von dort hier einreisen und längeren oder kürzeren Aufenthalt nehmen. Passagiere aus der Freistadt, die nur durch Dirschau durchreisen, haben also weiter keiner Meldepflicht anchzukommen und brauchen fortab auch ihre Fahrt nicht zu unterbrechen, was jetzt behördlicherseits festgestellt worden ist.

—* **Aus dem Drewenzwinkel** (Kreis Thorn). Der Kreisausschuß hat dem Kreistag den Vorschlag gemacht, auf den Drewenzbrücken bei Leibitsch (Lubicz) und Zlotterie (Złotorja) Brückengeld zu erheben, um dadurch eine Beihilfe zu den Kosten eines Neubaues bzw. einer Ausbesserung zu erlangen. Die Brücke in Zlotterie kostet dem Kreis eine Menge Geld. Für das Jahr 1922 war für sie die Summe von 1 200 000 Mark veranschlagt, für das laufende Jahr bereits 30 Millionen Mark! Im Jahre 1869 wurde hier die erste Brücke erbaut. Sie hielt bis 1912 aus und war dann derart baufällig geworden, daß eine Königsberger Firma mit dem Neubau einer Zementbrücke beauftragt wurde. Die Eisenkonstruktion der neuen Brücke war aber schlecht und diese wurde daher abgebrochen und der betreffenden Firma das Restbaugeld infolgedessen nicht ausgezahlt. Auf die Betonpfeiler wurde nun an Stelle der Eisenkonstruktion ein Holzbelag gelegt. Im Laufe der Jahre ist dieser nun auch so schlecht geworden, daß die Brücke nur von Fuhrwerken mit einer Höchstlast bis zu 30 Zentnern benutzt werden darf. Für Lastautomobile ist die Überfahrt gänzlich ausgeschlossen. Es wäre sehr erwünscht, wenn Zlotterie nun wieder eine feste Brücke erhielte, die hier ein dringendes Bedürfnis ist (Leibitsch besitzt bereits eine solche).

* **Soldau (Działdowo),** 4. Juli. Im benachbarten Dębina ereignete sich, wie pommerellische Blätter berichten, folgender eigenartiger Vorfall: In voriger Woche begab sich der Maschinist Grużlewski zum Markt nach hier und tat bei der Schnapsflasche des Guten etwas zu viel, so daß er auf der Heimfahrt wie tot auf dem Wagen lag. Seine Begleiter sangen und vergnügten sich, ohne auf Grużlewski zu achten. Als sie im Heimatsdorf vor das Haus Grużlewskis kamen, riefen sie dessen Frau, sie möchte ihren Mann ins Haus bringen. Diese kam auch und begrüßte die Gesellschaft mit dem auf ihren Mann bezüglichen Wunsche: „Möchte doch der Säufer einmal verrecken!" Als sie aber den Mann berührte, merkte sie zu ihrem Schrecken, daß er tot war.

‡ **Strasburg (Brodnica),** 5. Juli. Die Landwirtschafts- und Industrie-Ausstellung in Strasburg wurde Mittwoch mittag geschlossen, nachdem am Vortage die Prämiierung der Aussteller stattgefunden hatte. Mit der goldenen Medaille wurden sechzehn Firmen ausgezeichnet. Die silberne Medaille erhielten 22 Firmen.

* * *

Danzig und Nachbargebiete.

Verbesserung im Verkehr zwischen Danzig und Deutschland.

TU. **Danzig,** 4. Juli. Die Verhandlungen des Senats der Freien Stadt Danzig mit der Westpreußischen Kleinbahn-Akt.-Ges. über die Verbesserung des Personenverkehrs zwischen Danzig und Marienburg haben zu einschneidenden und bedeutungsvollen Änderungen des Fahrplanes geführt, welche von Freitag, den 6. Juli, an, in Kraft treten werden. Vom genannten Tage an wird in Richtung Danzig-Marienburg ein beschleunigter Personenzug fahren, welcher um 4,15 Uhr nachmittags vom Danziger Kleinbahnhof abfährt und um 9,25 Uhr abends in Marienburg eintrifft. In umgekehrter Richtung wird morgens 7,35 Uhr ein solcher Zug in Marienburg abfahren und um 12,45 Uhr mittags in Danzig eintreffen. Beide Züge verkehren in unmittelbarem Anschluß an die D-Züge Marienburg—Berlin und Berlin—Marienburg. Diese Züge sind nicht, wie sonst bei der Kleinbahn üblich, gemischte Züge für Personen- und Güterverkehr, sondern es sind reine Personenzüge, welche im wesentlichen dem Durchgangsverkehr dienen sollen und deren Haltestellen deshalb auf ein Mindestmaß beschränkt sind. Beide Züge werden auch an Sonn- und Feiertagen verkehren. Die Kosten für die Benutzung dieser Züge müssen wegen der gesteigerten Betriebskosten und wegen des Ausfalls von Güterfrachten höher gehalten werden, als diejenigen für die normalen, bis jetzt verkehrenden Züge. Der Fahrplan der letzteren wird insofern eine Änderung erfahren, als der jetzt 11,40 Uhr abfahrende Zug in Richtung Marienburg bereits um 9,18 Uhr morgens in Danzig abfahren wird, um 3,31 Uhr in Marienburg einzutreffen; der Gegenzug wird um 8,30 Uhr morgens in Marienburg abfahren und um 3 Uhr nachmittags in Danzig eintreffen. Diese beiden Züge fahren nicht an Sonn- und Feiertagen. Der jetzt an Sonn- und Feiertagen um 7,02 Uhr vormittags nach Sto gen. Stutthof fahrende Zug bleibt bestehen. Für reichsdeutsche Reisende ist die hiermit eingerichtete Verkehrsmöglichkeit insofern von besonderer Bedeutung, als der Reiseweg für Reichsdeutsche, welche nach Danzig wollen, eine ganz erhebliche Verbesserung erfährt. Da die Verbindung das für Reichsdeutsche enorm teure polnische Visum fortfallen läßt, fällt die geringe Erhöhung des Fahrpreises auf der Strecke Marienburg—Danzig gegenüber den Ausgaben für Visum und Einreisekaution kaum ins Gewicht.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Lodz.** 5. Juli. Die Krankenkasse hat festgestellt, daß sich in letzter Zeit eine ganze Reihe der Mitglieder Mißbräuche zuschulden kommen ließen. Es sind dies vorwiegend Fabrikarbeiter, die sich für ihre Familienangehörigen Karten ausstellen ließen und diese dann an fremde kranke Personen weitergaben. Die Krankenkasse ist dadurch stark geschädigt worden und wird die Schuldigen zur Verantwortung ziehen. — Die Konditoreibesitzer wandten sich an den Leiter des Amtes zum Kampf mit dem Wucher mit der Bitte um Erhöhung der Preise um 50 Prozent. Die Bitte wurde abgelehnt und ihnen mitgeteilt, daß Zuwiderhandelnde zur Verantwortung gezogen und dem Gericht übergeben werden.

Fahrplan.

Aus Bromberg nach:

Schneidemühl 3^{40} 6^{10}* 10^{05} 2^{35}* 6^{32}
* Nur bis Nakel.

Thorn 1^{34} 6^{10} 8^{20} 10^{30} 1^{05} 1^{27} 2^{30} 7^{30} 10^{45}
Dirschau 3^{50} 6^{24} 10^{30} 2^{10}* 4^{07} 4^{15} 7^{40} 10^{40}*
* Triebwagen nur bis Laskowitz.

Posen 2^{10} 6^{20} 7^{56} 11^{20} 4^{05} 10^{05} 11^{00}
Culmsee 4^{40} 12^{45} 3^{45} 5^{50}* 9^{38}*
* Die Züge verkehren nur an Sonn- u. Feiertagen bis Ostromecko.
Schubin 4^{30} 2^{10} 5^{05}

In Bromberg von:

Schneidemühl 5^{55} 7^{59}* 10^{21} 3^{50}* 7^{20}
* von Nakel.

Thorn 12^{40} 3^{30} 6^{00} 7^{00} 9^{52} 1^{20} 3^{35} 3^{52} 11^{55}
Dirschau 1^{14} 7^{40} 9^{55}* 12^{49} 1^{12} 7^{02} 9^{55} 10^{25}*
* Triebwagen von Laskowitz.

Posen 3^{00} 6^{05} 7^{14} 9^{58} 2^{06} 7^{23} 10^{35}
Culmsee 7^{50} 2^{29} 7^{07} 8^{27}* 11^{05}*
* Die Züge verkehren nur an Sonn- u. Feiertagen von Ostromecko.
Schubin 7^{30} 12^{05} 11^{15}.

Ausflugszüge an Sonn- und Feiertagen nach Rinkau:

Hinfahrt:	Rückfahrt:
2^{50}	3^{20}
5^{00}	5^{26}
8^{50}	9^{20}

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Lemberg** (Lwów), 4. Juli. Auf dem Plac Marjacki schlug ein Bettler, namens Moses Spindel, Lärm deswegen an, weil ihm ein Spender einen zerrissenen Hundertmarkschein einhändigte, Moses verlangte jedoch einen ganzen Schein. Auf das Polizeibureau gebracht, fand man bei ihm 375 000 Mark in bar, sowie einige Wechsel und Schuldscheine zweier Lemberger Kaufleute auf zwei Millionen Mark, die ihnen Spindel auf Prozente geborgt hatte.

* **Lodz**, 5. Juli. **Nach langer Ruhepause sind bei uns wieder Geldschrankknacker aufgetaucht.** Vor etwa einer Woche erhielten die Polizeibehörden die vertrauliche Mitteilung, daß in unserer Stadt zu „Gastspielen“ eine Bande internationaler Kassensprenger eintraf, deren Sitz vorwiegend Berlin, Wien, Paris usw. ist. In der vorgestrigen Nacht gab nun diese Bande ein sichtbares Zeichen ihrer Anwesenheit in Lodz, und zwar bei der Firma Franz Glugla u. Co. an der Poludniowa-Straße Nr. 28. Die Verbrecher drangen zunächst in den Kellerraum ein, durchbrachen die Wölbung und gelangten somit in das Kontor der genannten Firma. Der Kassenschrank wurde erbrochen, doch war die Beute nicht groß, zumal die Firma ihre Kapitalien anderweitig unterzubringen pflegt.

Handels-Rundschau.

Goldankaufspreis in Deutschland. Der Ankauf von Gold für das Deutsche Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 2. Juli an bis auf weiteres zum Preise von 550 000 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 275 000 M. für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres zum 11 000fachen Betrage des Nennwertes.

Die Annäherung der Holzpreise in Deutschland an die Weltmarktpreise vollzieht sich unaufhaltsam. Im Inland liegen die augenblicklich für Stamm- und Zopfware bezahlten Preise etwa 30 v. H. unter der Weltmarktparität. Die Differenz war aber vor kurzer Zeit erheblich größer. An Umsätzen von den Sägewerken zum Platzholzhandel fehlte es nicht, dagegen waren die Verbraucher auffallend zurückhaltend. Sie können sich einstweilen an die Preiserhöhungen noch nicht gewöhnen. Lähmend wirkt auf ihre Stimmung der geringe Auftragsbestand ein. Würden nicht aus den Kreisen, die an den Effektenmärkten größere Spekulationsgewinne erzielten, Bestellungen vorliegen, so wäre es um die ausreichende Beschäftigung der Betriebe in der Möbelindustrie schlecht bestellt.

Export nur gegen Dollar. Der Lodzer „Republika“ zufolge haben in den letzten Tagen in den Lodzer Industriekreisen wichtige Beratungen über brennende wirtschaftliche Fragen stattgefunden. Bei diesen Beratungen wurde festgestellt, daß ein Teil der Schuld für das Fehlen der aus der Ausfuhr der Textilerzeugnisse kommenden Valuten der schlechten Organisation unseres Exporthandels zuzuschreiben sei. Die Textilwaren, welche den inländischen Kaufleuten gegen ein Viertel des Gesamtbetrages in bar und den Rest in Wechseln verkauft werden, werden den ausländischen Kaufleuten gegen bares Geld in polnischer Mark oder sogar auf polnische Mark lautende Wechsel abgegeben. Eine der größten Lodzer Firmen stellte den Antrag, die Staatsbehörden möchten eine Verordnung erlassen, die es verbiete, Textilwaren gegen Bezahlung in polnischer Valuta ins Ausland zu verkaufen. Polnische Waren werden beim Passieren der Grenze mit eine Bescheinigung versehen sein, daß sie in vollwertiger Valuta verkauft wurden. Auf diese Weise wird Lodz wenigstens zum Teil die zum Ankauf von Rohstoffen nötigen hochwertigen Valuten erhalten. In den nächsten Tagen soll dieses Projekt dem Finanzministerium sowie dem Ministerium für Handel und Industrie unterbreitet werden. Es ist wahrscheinlich, daß es in günstigem Sinne aufgenommen werden wird. Diese Neuerung wird den ganzen Charakter des gegenwärtigen Handels von Grund aus umgestalten.

Lest das Blatt der Deutschen: die „Deutsche Rundschau“.